

Das Papier kann Grundlage unserer Positionsbestimmung auf dem Herbstratschlag 2018 werden, u.a. für die Europawahlen Frühjahr 2019

Ein anderes Europa ist möglich

.... sozial, demokratisch, ökologisch, geschlechtergerecht, friedlich!

Das Europa, in dem wir leben, ist nicht das Europa, das wir wollen: Die Abschottung gegenüber Geflüchteten tritt Menschenrechte mit Füßen. Neoliberale Politik vertieft wirtschaftliche Ungleichheiten in Europa und treibt – nicht nur in Griechenland - Sozialabbau voran. Gemeinwohlaufgaben werden privatisiert und abgebaut, Steuerdumping und -flucht entziehen der öffentlichen Daseinsvorsorge Milliarden Euro. Der herrschende Wachstumsfetisch beschleunigt den ökologischen Kollaps zunehmend. In ganz Europa erstarken nationalistische Bewegungen und Parteien. Brexit, Konfrontation mit Russland und zunehmende Handelskriege lassen das globale Umfeld immer unübersichtlicher und konflikträchtiger werden.

Als europäische Bürger*innen ist Europa für uns ein wichtiger politischer Raum, dessen Entwicklung unser Leben stark beeinflusst. Deshalb engagieren wir uns bei dessen Gestaltung, unter anderem im Rahmen des europäischen Attac-Netzwerkes. Bei allen Unterschieden sagen wir:

- **Wir stehen für ein anderes Europa – für ein soziales, demokratisches, ökologisches, geschlechtergerechtes und friedliches Europa.**
- **Globalisierung geht anders – Mensch und Natur vor Profit!**

Ein soziales Europa braucht die Angleichung der Chancen und Lebensbedingungen aller Europäer*innen. Das erfordert einen Bruch mit dem neoliberalen Dogma „Markt über Alles“. Wir setzen uns ein für

- die Stärkung von Arbeitnehmer*innenrechten und eine Einschränkung von Kapitalfreiheiten
- eine Transferunion zur Förderung ärmerer Regionen,
- wirksame Schritte zu einer gemeinsamen Steuer-, Sozial- und Wirtschaftspolitik.
- eine Umverteilung großer Vermögen zugunsten von Gemeinwohlaufgaben
- eine Beschneidung der Macht der Banken und Finanzmärkte
- eine europaweite Gesamtkonzernsteuer und die Abschaffung von Steueroasen

Unsere Solidarität reicht über Europa hinaus. Um Fluchtursachen zu beseitigen, muss Schluss sein mit einer Handelspolitik, die weltweite Ungleichheit und Armut verschärft. Solidarität bedeutet Bereitschaft zur Aufnahme von Geflüchteten in allen europäischen Ländern. Dazu muss das Dublin-Abkommen außer Kraft gesetzt werden. Ankommende Menschen dürfen nicht gegen sozial Schwache ausgespielt werden.

Ein demokratisches Europa ist ein Europa, in dem die Menschen weitgehend über ihre eigenen Lebensbereiche entscheiden können, im Wohn- und Arbeitsbereich, in der Gemeinde, in der Region. Dazu braucht es Transparenz und Partizipation, ausgestattet mit den nötigen finanziellen Mitteln. Viele Bereiche wie Umwelt- oder Handelspolitik erfordern jedoch europäische oder globale Entscheidungsebenen. Diese dürfen nicht von den Interessen globaler Konzerne dominiert werden wie aktuell die EU mit ihrer Politik des Sozialabbaus. Wir setzen uns ein für

- ein Europäisches Parlament mit Gesetzgebungs- und klarer Entscheidungsbefugnis gegenüber den EU-Institutionen
- europäische Verträge, die nicht mehr vorrangig dem Kapitalwohl, sondern dem Gemeinwohl dienen
- eine Beschneidung der Lobbymacht großer Konzerne

Ein ökologisches Europa muss den Ressourcenverbrauch in Europa massiv einschränken. Neben Agrar-, Verkehrs- und Energiewende ist ein unsere Produktion insgesamt sozial und ökologisch gerecht umzugestalten. Die Wachstumsstrategien der europäischen Staaten und der EU müssen ersetzt werden durch einen sozial-ökologischen Umbau, der allen Europäer*innen ein „Gutes Leben ermöglicht. Wir setzen uns ein für

- ein Ende der EU-Agrarsubventionen, die bäuerliche Landwirtschaft zugunsten von Agrarkonzernen zerstört
- eine europäische Landwirtschaft, die gesunde Lebensmittel produziert ,
- eine Verkehrswende,-die auf kollektiven statt Individualverkehr setzt und allen Bürger*innen Teilhabe und Mobilität ermöglicht
- eine Energiewende, die kurzfristig Kohleverstromung und Atomkraft beendet und verstärkt erneuerbare Energien ausbaut

Ein geschlechtergerechtes Europa ist ein Europa der Gleichberechtigung, Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Frauen dürfen nicht länger die Hauptlast für die Sorgearbeit tragen und als erste in Krisen in die Familie abgeschoben werden, um gekürzte Gemeinwohlleistungen zu ersetzen. Wir setzen uns ein für

- Chancengleichheit im Beruf und die europaweite Durchsetzung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“
- das Verbot gesellschaftlicher, juristischer und politischer Diskriminierung und Verfolgung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Identität.

Ein friedliches Europa ist mehr als die Abwesenheit von Krieg in Mitteleuropa. Europäische Staaten greifen außerhalb Europas in militärische Konflikte ein. Die europäische Rüstungsindustrie trägt massiv zur weltweiten militärischen Eskalation bei. Statt einer EU, die mit PESCO militärische Großmacht werden will, setzen wir uns ein für

- ein europäisches Sicherheitssystem im Rahmen der UNO als Grundlage für friedliche Konfliktlösungen und Motor für eine weltweite Abrüstung
- das Verbot von Rüstungsexporten
- die Abwicklung der europäischen Rüstungsindustrie durch Konversionsprogramme für zivile Produktion

Europa ist für uns mehr als die EU. Als großer Machtfaktor in Europa prägt die EU jedoch europäische Politik. Waren die Vorläufer der EU für viele Menschen ein hoffnungsvoller Ansatz nach Hass und Schrecken des 2. Weltkrieges, so hat sich in der EU im Zuge der weltweiten politischen Kräfteverschiebung die neoliberale Politik der ökonomischen Eliten durchgesetzt und in den Verträgen von Maastricht und Lissabon festgeschrieben. Die Folgen sind wachsende Ungleichheit und ein Mangel an Demokratie, Legitimität und Transparenz. Inzwischen steckt die EU in einer Krise durch vielfältige Konflikte zwischen den Mitgliedsländern, besonders zu den Folgen der wirtschaftlichen Ungleichheit und zur Aufnahme von Geflüchteten.

Wir stehen für eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung der europäischen Bürger*innen, z.B. durch eine Änderung der EU-Vergaberichtlinien. Wir stehen auch für eine Beschneidung der Macht globalisierter Konzerne durch übernationale Regeln und Institutionen, z.B. eine Gesamtkonzernsteuer auf europäischer, besser noch globaler Ebene. Ein Zurück zur ungebremsten Konkurrenz zwischen Nationalstaaten, wie sie von den erstarkenden rechten Parteien gefordert wird, ist für Attac keine Lösung.

Es ist Zeit für Veränderung. Eine emanzipatorische Politik in Europa ist nur mit anderen politischen Kräfteverhältnissen möglich. Ob ein Bruch mit der neoliberalen Verfasstheit der EU und eine sozial

gerechte und ökologisch tragfähige EU möglich ist, werden die künftigen politischen Auseinandersetzungen zeigen. Als Attac Deutschland sehen wir uns als Teil eines europaweiten emanzipatorischen Blocks – zusammen mit sozialen Bewegungen, fortschrittlichen Parteien, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen in allen europäischen Ländern.

Wir respektieren unsere vielfältigen und unterschiedlichen Ansätze. Um gemeinsam handlungsfähig zu werden, wollen wir uns stärker vernetzen, offene Fragen klären, gemeinsam Strategien für einen sozial-ökologischen Umbau entwickeln und in europaweite politische Projekte umsetzen. Die erfolgreiche Verhinderung der Wasserprivatisierung oder die selbstorganisierte europäische Bürgerinitiative „Stop TTIP“ sind dabei Wegweiser für gelungene europäische Solidarität.

Gemeinsam schaffen wir mehr Demokratie, soziale Sicherheit und Geschlechtergerechtigkeit, stellen wir die Wirtschaft vom Kopf auf die Füße, beenden Naturzerstörung und schaffen Frieden. Machen wir uns auf den Weg!